

nn
Zugang
de

ulassungsstelle
offenbar trotz
ächst abgewiesen.

Christine Fischer aus
Termin in der Zulas-
Besigheim beantragt.
an jenem März-Frei-
aubte, die Sache in der
edigen. „Aber der Herr
derer Meinung“, sagt
in herein ließ er mich
tragstellerin Fischer
Terminbestätigung
erte der Wachmann.
ärte ihm, dass die Be-
m Computer im Büro
aber auf ihrem Handy
hätte. Schneidig kam
sicherheitsdienstes da-
g heraus, die Fischer
solle wieder heimge-
in beantragen und bei
achweis erbringen.

nm eine Liste mit den
en Termine vorliege,
chte es Fischer unver-
lich: Der Wachmann
dass ihr Name da auf-
stellung sei aber „leider
s sei „Insiderwissen“
ss zu verwenden.“

ar perplex: „Was fällt
beschloss, hartnäckig
hm meinen Personal-
m dazu noch die Auf-
ermins.“ Das müsse
die Tammerin – weit
heim, beantragen Sie
und weisen Sie ihn
gsmail nach“, zeigte
beeindruckt.

erreichte Christine Fi-
in ihrem Büro, der ihr
WhatsApp Bilder des
mins sendete. Damit
der Security-Mann
verstanden gewesen.
cher wurde zur Zulas-
gsstelle vorgelassen.

Zuhause recherchierte
die Tammerin: Weder
der Internetseite der
assungsstelle noch in
E-Mail zur Terminbe-
igung steht, dass die
l beim Termin vorzu-
en ist. „Wozu auch?
iegen doch die Namen
ch dazu noch als Ter-
wundert sich Fischer.

and bleibe nach ihrer
enau unberücksicht-
igkeit und der CO₂-
Behörde in Besigheim
na. Hin und zurück mit
sonst und einmal un-
ilometer mit dem Wa-
matte außerdem beob-

Einzelfall gewesen ist:
h Mann, ebenfalls oh-
wurde wieder heimge-
das am Tag vor, in der
Sie fragt sich, ob sie
sich“ erlebt habe.

übliches Vorgehen in
Außenstellen“, beteu-
sprecher des Land-

Sie kämpft an der Seite von Eltern

Die Bietigheimer Juristin Melanie Füllborn vertritt Mütter und Väter, die ihren Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz einfordern.

Von Karin Götz

Fehlende Kitaplätze, frustrierte Erzieherinnen, verzweifelte Eltern. In vielen Kommunen scheint die Situation bei der Kinderbetreuung aussichtslos – nicht zuletzt im Kreis Ludwigsburg.

Seit 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Lebensjahr. Theoretisch. Die Praxis zeigt ein anderes Bild. Viele Eltern versinken nach anfänglicher Wut in Resignation – aber nicht alle. Immer mehr kämpfen für ihr Recht und holen sich dafür einen Profi an ihre Seite.

Melanie Füllborn beispielsweise. Die Juristin in Bietigheim-Bissingen hat jede Menge zu tun. Sie kämpft an der Seite von Eltern um Betreuungsplätze für ihre Kinder. „2021 hatte ich nur ein paar Fälle, inzwischen sind es viele“, erzählt die 52-jährige Anwältin. „Etwa 60 Prozent meiner Fälle sind sogenannte Kitaplatz-Fälle.“

Und ihre Mandanten kommen längst nicht mehr nur aus dem Landkreis. Viele Mamas und Papas aus Stuttgart, Esslingen und Böblingen wenden sich an Füllborn. Sogar im Bodenseekreis hat sie sich einen Namen gemacht. Und es werden immer mehr, ist sich die Fachanwältin für Sozialrecht sicher und verweist auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg. Der hatte im November

2022 die Beschwerde des Landkreises Böblingen gegen einen Beschluss des Verwaltungsgerichts Stuttgart zurückgewiesen. Der Landkreis war zum Nachweis eines zumutbaren Betreuungsplatzes in einer Kindertageseinrichtung verpflichtet worden. Der VGH hatte am Ende zugunsten eines berufstätigen Paares aus Böblingen und ihrer Tochter entschieden. Ihr Anspruch auf einen Kitaplatz müsse selbst dann erfüllt werden, wenn der Landkreis das wegen des Fachkräftemangels für unmöglich halte.

Aktuell gibt es am Verwaltungsgericht in Stuttgart 15 ähnliche Verfahren. Die meisten laufen im Sommer und Herbst an, informiert der Pressesprecher Matthias Modrzejewski vor Beginn des Kindergartenjahrs.

Mit dem Antrag auf einen Kitaplatz stellen Eltern einen offiziellen Antrag an eine Behörde. Und die muss formal korrekt und innerhalb eines halben Jahres reagieren, erklärt Melanie Füllborn das Prozedere. „Eine einfache Absage in Form einer Info genügt. Es muss eine Rechtsmittelbelehrung beigefügt sein. Ist sie es nicht, verlängert sich die Widerspruchsfrist schon einmal um ein Jahr.“ Viele Eltern wüssten jedoch nicht, dass es sich bei einer Kitaplatz-Absage um einen Bescheid handle, gegen den man Wider-

spruch einlegen könne. „Eltern, die nicht anwaltlich vertreten sind, wissen nicht, welche Möglichkeiten sie haben“, sagt Füllborn. Zudem seien nur wenige Kollegen auf die Problematik spezialisiert.

In den vergangenen beiden Jahren konnte die Juristin alle ihre Fälle außergerichtlich lösen. „Oft ist es so, dass plötzlich ein Platz angeboten wird, sobald sich ein Anwalt einschaltet“, berichtet Füllborn. Der Grund: Kommunen haben in der Regel kein Interesse an Verfahren und lenken ein, so die Erfahrung der Anwältin, die für ihre Mandanten oft auch Schadenersatzansprüche geltend macht. „Meistens dreht es sich um einen Lohnausfall der Mutter, die ihr Kind dann betreuen muss.“ Finden Eltern für ihren Nachwuchs in privaten Betreuungseinrichtungen einen Platz, ist der meist um einiges teurer.

„In Stuttgart bezahlen sie in einer privaten Einrichtung im Monat rund 800 Euro für einen Platz, und in einer städtischen sind es 257 Euro. Die Differenz kann als Schaden geltend gemacht werden.“ In einem Fall hat

Melanie Füllborn so immerhin 12 000 Euro Schadenersatz erwirkt.

Die Verzweiflung, weiß die Sachsenheimerin, ist groß. Sie habe, erzählt Füllborn, Mandanten, die extra aus Berlin ins Ländle gezogen sind und jetzt die Betreuungsangebote der Bundeshauptstadt schmerzlich vermissen. Viele Eltern

sind auf zwei Gehälter angewiesen. „Und viele Ärzte und Lehrer haben der Gesellschaft gegenüber ja auch eine Verpflichtung. Ich habe Mandanten, die beide Ärzte an Kliniken sind und Vollzeit arbeiten. Ihnen wird eine Betreuung von 8 bis 13 und von 14 bis 16 Uhr angeboten. Wie soll denn das gehen? Die haben keine tägliche Mittagspause von 13 bis 14 Uhr.“ Eltern, beklagt die Juristin, werden einerseits aufgefordert zu arbeiten, und gleichzeitig würden sie im Stich gelassen. Auch von den Kommunen, die ihre Hausaufgaben teilweise nicht gemacht haben, moniert Füllborn. „Das Problem ist schon etwas hausgemacht, denn das Gesetz existiert jetzt seit zehn Jahren, und viele haben es einfach verschlafen, Personal zu akquirieren und es aufzubauen.“ Zudem sei die Bezahlung alles andere als üppig. Viele Erzieherinnen seien abgewandert.

Apropos Geld. Dass bei der Überlegung, sich anwaltlich vertreten zu lassen, auch finanzielle Hürden bestehen, weiß Melanie Füllborn. Nicht jeder könne sich einen Rechtsstreit leisten – auch wenn die Kosten für das Gerichtsverfahren von einer Rechtsschutzversicherung übernommen würden, sagt die 52-Jährige. „Nur das Widerspruchsverfahren übernehmen nicht alle.“

„Das Problem ist schon etwas hausgemacht, denn das Gesetz existiert jetzt seit zehn Jahren.“

Melanie Füllborn,
Fachanwältin für Sozialrecht



Melanie Füllborn hat alle Hände voll zu tun. Etwa 60 Prozent ihrer Fälle sind sogenannte Kitaplatz-Fälle.

Foto: Jürgen Bach

VERWALTUNGSGERICHTSHOF STÄRKT ELTERN

KlageMitte 2022 verklagten Eltern den Landkreis Böblingen auf einen Kitaplatz für ihr dreijähriges Kind. Im Dezember 2022 gab der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim ihnen recht. Fehlende Kitakapazitäten aufgrund von Personalmangel seien kein Grund, einen Platz zu verweigern. Im Einzelfall gebe es die Möglich-

keit einer zeitlich begrenzte Ausnahmegenehmigung.

Verfahren, in denen um Kitaplätze gestritten wird, haben eine erhebliche Bedeutung, betont der Pressesprecher des Verwaltungsgerichtshofes (VGH) Mannheim, Matthias Hettich. Aktuell seien am VGH zwar keine „nennenswerten Ver-

fahren anhängig“, dies liege aber auch daran, dass die Verfahren in der Regel eilig seien und zügig entschieden würden. Die Bedeutung zeige sich in der Anzahl der Verfahren in der Vergangenheit. Im Jahr 2020 gab es am VGH fünf Verfahren, im Jahr 2021 waren es neun Verfahren, im Jahr 2022 hingegen bereits 21 Verfahrenkraz

Der Traum vom schnellen Weg zum KI-Hotspot

Stressfreier zwischen Marbach und Heilbronn pendeln? Bei einer Begehung der Ex-Trasse geht es um Chancen und Risiken einer



uns Geschäft! Wir müssen selbst aktiv werden.“ Fabian Gramling indes bremsst da etwas: „Der Heilbronner Zugang ist wichtig, alleine anzufangen macht keinen Sinn.“

Die Region Heilbronn spielt beim Gedankenaustausch am Samstag, jedenfalls eine